

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionsschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Der künftige Steueraufbau

Wir haben künftig Steuern in einem Umfang zubringen, von der sich in der Vergangenheit die Phantastie keine Vorstellung gemacht hat. Nichts, aber auch rein gar nichts bleibt von der Besteuerung verschont, der Steuermann begleitet uns von der Wiege bis zum Grabe. Bei so gewaltigen Steuerlasten ist ihr Aufbau und ihre Verteilung von besonderer Bedeutung, wer sie zu tragen hat und unter ihrem Druck am meisten leidet. Wenn es nun ist es Zeit am Platze, einen systematischen Steueraufbau vorzunehmen und die Steuer allgemein nach sozialen Gesichtspunkten, nach dem Grade der Leistungsfähigkeit auszubauen. Nachdem das Schweregewicht der Steuern von den Einzelstaaten auf das Reich übergegangen ist, ist nicht nur die Notwendigkeit dazu vorhanden, sondern auch die Möglichkeit dafür gegeben.

Bisher konnte man in Deutschland kaum von einem Steuersystem sprechen. Eine ungeheure Buntmischung von Steuergesetzen und Steuerordnungen schuf das Steuerwesen Deutschlands aus. Gerade weil im Deutschen Reich von gestern die Bundesstaaten die eigentlichen Träger der Steuergewalt waren, weil sie die direkten Steuern allein für sich beanspruchten, war es nicht möglich, die Besteuerung in Deutschland nach einheitlichen großen Gesichtspunkten auszugestalten. Welche große Unterliege da bestanden, weiß bloß der, der einmal versucht hat, einen genauen Ueberblick über das gesamte deutsche Steuerwesen zu gewinnen. Gab es doch bis vor dem Weltkrieg in Deutschland noch eine Reihe von Staaten, welche selbst die allgemeine Einkommensteuer noch nicht eingeführt hatten. Der zweitgrößte Staat, Bayern, war erst 1910 zur Einkommensteuer übergegangen. In einigen der kleineren Staaten bestanden noch Steuern, die aus dem 18. Jahrhundert überkommen waren. Von einem wirklichen deutschen Steuersystem konnte man darum bis jetzt nicht sprechen.

Nun ist auch dies anders geworden. Gerade weil das Reich die Führung bei der Neugestaltung des Steuerwesens in die Hand genommen hat, wird es möglich, die Steuern nach einheitlichen Gesichtspunkten auszubauen und sie in ein System zusammenzubringen. Den großen Umriß dieses zukünftigen Steuersystems hat nun der Finanzminister in seiner letzten programmatischen Rede in den Hauptzügen dargelegt.

Danach sollen belastet werden in Reich, Staat und Gemeinden das Vermögen mit einem jährlichen Ertrage von 3,6 Milliarden, das Arbeitseinkommen, fundierte Einkommen und Einkommen der Körperschaften der toten Hand zusammen mit 10,4 Milliarden, der Zuwachs in Form von Erbschaften, Schenkungen, Grundwertzuwachs und normaler Vermögenssteigerung mit 1 Milliarde jährlich.

Die Uebersicht über diese drei Gruppen direkter Besteuerung zeigt schon, wie hier mit voller Planung die Besteuerung wird in der Hauptsache ausgeschöpft durch die Kriegsgewinnsteuer und die große Vermögensabgabe, das Reichsnotopfer. Hier hat der Finanzminister, um einen möglichst sicheren Ertrag zu haben, die Form der einmaligen Besteuerung gewählt, weil eben gerade in der Gegenwart die Fülle des Geldkapitals besonders hoch ist. Indem damit diese Weise eine dauernde Zinsersparnis und Abgangssparnis zustande kommt, wirkt sich die einmalige Vermögensbesteuerung für das ganze Reich in der Form aus, daß es genau so ist, als

ob jedes Jahr 3,6 Milliarden Mark an Steuern entrichtet würden.

Das Zentralwerk der direkten Besteuerung aber bildet die Gruppe der Einkommensteuern. Zunächst steht hier die Besteuerung des Einkommens der Einzelpersonen. Dagegen ist in dieser Steuer nicht mehr enthalten die Besteuerung des Einkommens der Erwerbsgesellschaften. Diese Steuer ist mit Recht aus der Einkommensteuer herausgenommen worden und wird eine selbständige Steuer bilden. Das bedeutet vom Standpunkt der Steuersystematik aus einen großen Fortschritt. Im engsten Zusammenhang damit stehen dann die Ertragssteuern, die in der neuen Steuerfassung ausgesprochen die Rolle von Erwerbsteuern spielen, indem sie bestimmt sind, das fundierte Einkommen, also das Einkommen aus Kapital, Grundbesitz und Gewerbebetrieb entsprechend vorzubelasten. So werden die Ertragssteuern in engere Beziehung zur Einkommensteuer gebracht und das ganze System nach dem Grundsatz der steuerlichen Leistungsfähigkeit ausgestaltet. Eine besondere Art der Steuerfähigkeit ergibt sich aus dem Zuwachs des Vermögens. Bezüglich der Erbschaften ist dies bereits anerkannt, hinsichtlich des Wertzuwachses an Grundstücken gleichfalls und hinsichtlich der normalen Vermögensvermehrung, wie sie in der hochkapitalistischen Entwicklungsepoche in die Erscheinung getreten ist, wurde diese spezielle Leistungsfähigkeit durch die deutsche Steuergegebung bereits erfasst im Besitzsteuergesetz von 1913. Da es aber in der Zukunft wichtig ist, daß die Kapitalbildung möglichst ungehemmt fortschreitet, so wird diese Steuer eine Form bekommen, welche der Beschränkung entgegenwirkt und zur Neubildung von Kapital geradezu anreizt.

Auch bei der indirekten Besteuerung kristallisiert sich allmählich ein System heraus, indem die verschiedenen zu bewertenden indirekten Steuern zu Gruppen vereinigt werden, je nach ihrer spezifischen Eigenart. Hier ist zunächst kein völliger Neubau geplant, sondern mehr ein Ausbau und eine Abrundung sowie eine Zusammenfassung der Steuern nach sozialen Gesichtspunkten. Gerade durch die starke Zentralisierung der Steuergewalt in den Händen des Reiches wird unser Steuerwesen systematisch und gerecht gestaltet werden.

Auf die neuen Steuern bzw. Vorlagen sollte im einzelnen hier nicht eingegangen werden, nur ihr Aufbau sollte kurz dargestellt werden. Das soll uns aber nicht hindern zu sagen, daß uns in der neuen Einkommensteuervorlage die unterste Steuergrenze mit 1000 Mark und die auf die Familienmitglieder mit 500 Mark auf das erste und 300 Mark auf die folgenden als steuerfrei in Anrechnung zu bringende Summe zu niedrig gegriffen erscheint. Die Kaufkraft des Geldes ist so tief gesunken, daß die steuerfreie Summe bedeutend erhöht werden muß. Sonst könnte es dahinkommen, daß die so eingebrachte Steuer durch Armenunterstützung wieder ausgeglichen werden müßte. Das kann man doch nicht wollen, um so mehr ist auf die Entlastung der untersten Einkommen Bedacht zu nehmen.

Deutscher Gewerkschaftsbund

Die deutsche Arbeiterbewegung stand von jeher im Zeichen der Zersplitterung. Diese Zersplitterung ist im Laufe der Zeit nicht geringer geworden, sondern größer. Neben und zwischen den großen Gewerkschaftsrichtungen gab es eine erhebliche Zahl sogenannter wilder Organisationen, die mit jenen bestenfalls in einer losen, weichen Weise, meistens aber in gar keiner Verbindung standen. Die Revolution hat bewirkt, daß auch hier eine schärfere Scheidung der Geister einsetzte, mit anderen Worten, die Konzentrationsbewegung nahm zu. Mit großer Energie

hat die christlich-nationale Arbeiterschaft die Nachricht von der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes aufgenommen. Diese organisatorische Ungliederung ist hochbedeutend für unsere Gesamtbewegung nicht nur wegen der erwünschten zahlenmäßigen Stärkung, die sie ihr bringt, sondern vor allem deshalb, weil sie ihr eine erweiterte organisatorische Grundlage und damit die Möglichkeit gegeben hat, innerhalb der Gesamtarbeiterbewegung sich und die ihr anvertrauten Interessen mit verstärkter Stoßkraft zur Geltung zu bringen.

Ueber Vorgeschichte, Entstehung, Zusammensetzung und Aufgaben des neugegründeten Deutschen Gewerkschaftsbundes bringt das „Zentralblatt d. chr. Gew.“ einen Aufsatz, den wir nachstehend im Wortlaut wiedergeben:

Am 20. November 1918 fanden sich im Lehrerbereins Hause zu Berlin die führenden nichtsozialdemokratischen Arbeitnehmerverbände zur Gründung des Deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbundes zusammen. Es waren beteiligt die Christlichen und die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, mehrere Verbände der Eisenbahner, sowie fast alle größeren nichtsozialdemokratischen Verbände der kaufmännischen und sonstigen Angestellten. Der Bund sollte in der großen Unsicherheit jener revolutionären Tage den angeschlossenen Gruppen einen stärkeren Halt geben und ihre Mitglieder schützen vor dem vielerorts einsetzenden sozialdemokratischen Terror. Die Zusammensetzung des Bundes aus Verbänden, die sich bis dahin vielfach konkurrierend gegenüberstanden und die nur das Interesse an der Abwehr des sozialdemokratischen Ansturms gemeinsam hatten, war für den Augenblick gewiss nützlich und notwendig. Auf die Dauer war sie ungenügend gegenüber den gewaltigen Aufgaben, vor die uns die neue Zeit gestellt hat. Mit einer Abwehrstellung, mit der Aufrichtung notdürftiger Dämme gegen die Fluten des zerstörenden materialistischen Zeitgeistes genügen wir den Anforderungen der Stunde bei weitem nicht mehr. Unser Volk, und vor allem unser arbeitendes Volk, muß sich wieder sammeln um große sittliche, staats- und volkserhaltende Ideen. Ein Wiederaufbau unseres Vaterlandes ist weder zu erreichen durch die rein äußerliche Aenderung unserer Wirtschaftsformen noch durch tatenloses, passives Verhalten. Nur aus einem Geiste heraus, der Besseres geben kann, wie die Grundlagen dessen, was zusammengebrochen ist, kann die Erneuerung kommen. „Wenn an die Verwirklichung dieser Gedanken mit Nachdruck herantreten wird“, so sagte Minister Stegerwald in einer großen Kölner Versammlung, „dann hat die Revolution einen weltgeschichtlichen Sinn gehabt; wenn nicht, war sie das größte Verbrechen am deutschen Volke.“

Von diesen Erwägungen geleitet, haben sich führende Organisationen im nichtsozialdemokratischen Arbeitnehmerlager, die vorbehaltlos auf dem Boden gewerkschaftlicher Arbeitnehmerpolitik stehen, zu einem neuen Deutschen Gewerkschaftsbund mit ausbauenden, positiven Aufgaben zusammengefunden. Der am 22. November ds. Js. in Berlin neu konstituierte Deutsche Gewerkschaftsbund ist nach seinen Satzungen die Zusammenfassung aller Gruppen der Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte und Beamte) zu dem Zwecke:

1. gemeinsame wirtschaftliche und berufliche Interessen wahrzunehmen entsprechend den Bedürfnissen der neueren Entwicklung;
 2. die besonderen Interessen der einzelnen Gruppen durch die Gesamtheit der im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Organisationen zu fördern;
 3. den unser Volk zerschenden Materialismus zu überwinden durch die Pflege allgemeinsittlicher, christlicher und nationaler Gedanken.
- Träger des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind die Hauptorganisationen der für die einzelnen Arbeitnehmergruppen bestehenden gewerkschaftlichen Berufsverbände. Die Arbeitergruppe wird vertreten durch den De-

samtverband der christlichen Gewerkschaften.

An den idealen Grundsätzen und an dem jetzigen organisatorischen Aufbau der christlichen Gewerkschaften wird nichts geändert. Der letztere erfährt lediglich eine zweckmäßige Fortentwicklung durch die Beteiligung an dem gemeinsamen Arbeitsfeld der drei großen Arbeitnehmergruppen.

Die Angestelltengruppe wird vertreten durch den Gesamtverband Deutscher Angestellter-Gewerkschaften.

Im Angestelltenlager ist der Aufbau noch nicht so lückenlos wie bei der Arbeitergruppe. Die kaufmännischen und die weiblichen Angestellten sind durch starke Verbände vertreten, hinzu kommen einige weitere Verbände für andere Berufsgruppen. Der bisher dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angegliederte Reichsverband deutscher Angestellter gibt diejenigen seiner Berufsgruppen, für die innerhalb des Angestellten-Gesamtverbandes schon Verbände vorhanden sind (kaufmännische und weibliche) an diese ab. Die Gruppen der technischen Angestellten werden unverzüglich zu leistungsfähigen selbständigen Organisationen innerhalb des Gesamtverbandes ausgebaut.

- Deutsch-nationaler Handlungsgehilfenverband, Hamburg,
Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten, Berlin,
Deutscher Bankbeamtenverein, Berlin,
Reichsverband deutscher Gütsbeamten, Berlin,
Deutscher Technikerverband, Essen,
Deutscher Werkmeisterbund, Essen,
Reichsverband deutscher Bureauangestellten, Essen.

In den genannten Verbänden sind gegenwärtig rund 400 000 Mitglieder vereinigt.

Der Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften umfaßt zunächst vornehmlich die Eisenbahnerverbände, die dem früheren Reichsverband der Staatsangestellten angehört haben. Die gewerkschaftlichen Bestrebungen innerhalb der Beamtenschaft befinden sich noch im Stadium der Unklarheit und der Lastversuche. Bemerkenswert ist aber jedenfalls, daß von sozialdemokratischer Seite lebhaft Anstrengungen gemacht werden, um die Organisationsbestrebungen der Beamten in das freigewerkschaftliche Fahrwasser zu leiten.

So ist denn in dem Deutschen Gewerkschaftsbund ein großzügiges und zeitgemäßes Gebilde geschaffen, innerhalb dessen jeder deutsche Arbeiter, Angestellter und Beamte in seiner Berufsorganisation seinen Platz einnehmen kann. In dem Nebeneinander der drei großen Gruppen liegt die Stärke des Ganzen. Die einzelnen Gruppen haben die Möglichkeit, entsprechend ihrer Eigenart und ihren besonderen Aufgaben alle Kräfte zur Entfaltung zu bringen. Dabei ist das Band der Gemeinsamkeit genügend stark, um auch in jedem Falle der gemeinsamen Interessen wichtig und geschlossen zur Geltung bringen zu können.

Dem Willen, der den neuen Bund geschaffen, muß jetzt die belebende Tat folgen! Es gilt, den Deutschen Gewerkschaftsbund sobald wie möglich lebens- und aktionsfähig zu machen. Gewiß sind die zu lösenden Aufgaben groß und vielfältig. Aber sie können gemeinert werden, wenn alle berufenen Stellen sich ihrer verständnisvoll annehmen. Auch Einrichtung der zentralen Stelle muß überall im Lande die Arbeit einleiten, um die Einzelgruppen mit den geistigen Grundlagen des Deutschen Gewerkschaftsbundes vertraut zu machen und sie zusammenzuführen zur Lösung der gemeinsamen praktischen Aufgaben.

Der Stunde ist groß, fröhlicher Hingabe an die Aufgaben, die sie uns stellt, nicht weniger Sorge. Darum gehen wir fort.

Arbeitslust und Arbeitswille

Dieser Tage fragte ein ausländischer Bericht-erstatler den Präsidenten der jungen deutschen Republik, wie es denn jetzt mit der Arbeitslust und dem Arbeitswillen stehe. Obert erwiderte ihm: es seien Anzeichen vorhanden, daß sich die Arbeitslust wieder einstellen, und daß die Bereitwilligkeit zur Akkordarbeit wieder zunehme. Da und dort wird auch das Gegenteil berichtet, ja, manche machen sogar ein spöttisches Fragezeichen hinter den Begriff: Arbeitslust. Dazu ist aber eigentlich kein Anlaß vorhanden. Gerade volkswirtschaftlich geschulte Köpfe sollten wissen, daß ein Gut um so wertvoller ist, je seltener es ist, je schwerer es zu erlangen ist und um so dringender es gebraucht wird. Weil das Gut: Arbeitslust selten und wertvoll ist, muß von ihm ganz besonders die Rede sein und die Fragen drängen sich auf: Was ist die Arbeitslust und wie ist sie zu erlangen? Ebenso: Was ist Arbeitswille und wie kann er geschaffen und gefördert werden? Und dann: Wo und wie hat sich die Arbeitslust und der Arbeitswille gezeigt?

Obst hört man sagen, daß die Arbeitgeber oder die Geschäftsmacher so wenig Rücksicht auf das Gefühlleben der Arbeiter nehmen würden. Die Gefühlswelt der Arbeiter, — so lautet gewöhnlich die Redensart, — müsse mehr beachtet werden. Sonderbar dabei ist, daß die, die so sprechen, sich selber oft nicht klar darüber sind, was das eigentlich ist, was sie da verlangen. Das erfieht man schon daraus, daß die Begriffe: Fühlung nehmen, der Arbeiter fühlt heraus, — ganz schief, ja sogar ganz falsch angewendet werden. Fühlung nehmen ist verschwommen, unklar, Unsinn; ebenso, daß der Arbeiter herausfühlt. Kein Mensch kann Fühlung nehmen oder herausfühlen. Das Gefühl ist etwas rein Sektuelles, ein Teil des menschlichen Bewußtseins. Fühlung nehmen ist nichts anderes, als sich jemand nähern, mit jemandem in Verbindung kommen. Die falsche Anwendung des Begriffs Gefühl ist durch das militärische Kommando: nach rechts oder links Fühlung nehmen, sehr gefördert worden. Es müßte richtiger heißen: sich nach rechts oder links anschließen oder Verbindung suchen. So ist es auch mit dem Ausdruck: jemand fühlen. Spüren müßte es richtiger heißen.

Wenn wir davon sprechen, daß Arbeitslust geschaffen werden müsse, so muß doch zuvor ein anderer Zustand vorhanden gewesen sein, also Arbeitsunlust. Es wäre demnach zu fragen, wie die Arbeitsunlust entstanden ist. Denn eine Sache kann man nur dann ändern, wenn man weiß, welches die Ursache ihrer Entstehung ist, wenn man weiß, woher sie gekommen ist. Die Ursachen sind bekannt: Der Krieg wurde verloren, die wirtschaftliche Lage war unsicher und trostlos, viele Arbeitskräfte durch Anstrengungen und Entbehrungen vermindert und abgemüht, harte Friedensbedingungen in Sicht, die Lebensmittelversorgung sehr beschränkt. Derlei Dinge können keine Lustgefühle mit sich bringen: Hunger und Schmerz bringen nur Unlust. Je größer das Unlustringende ist und je länger es anhält, um so mehr steigt die Unlust. Allerdings mit der Einschränkung, daß da eine Höchstgrenze erreicht wird und ein Umschlag möglich ist; Leid und Schmerz stumpfen ab und Unlust kann sich in Lust umwandeln, obwohl sich äußerlich gar nichts geändert hat. Wie ist das möglich? Also trotz des Hungers und der Entbehrung und der Einschränkung sollen Lustgefühle möglich sein. Wie könnte das vor sich gehen?

Im Bewußtsein ist ja nicht nur das Augenblickliche, sondern auch das Vergangene. Aus der Vergangenheit (der Erfahrung), wissen wir, daß das Uebel, das der Krieg angerichtet hat, gelindert, vermindert und beseitigt werden kann. Kriege, Pest- und Hungernöte haben schon oft Unheil angerichtet und immer hat es die fündige und vorwärtstreibende Menschheit wieder fertig gebracht, aus diesen verderblichen Zuständen herauszukommen. Aus dieser Einsicht schöpfen wir die Kraft, das Vertrauen und die Hoffnung, daß auch wir imstande sind, aus dem Jammer herauszukommen und bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Indem wir so denken, sind wir schon dabei, die große Unlust zu mindern, je mehr wir uns nun damit beschäftigen, wie es besser werden könnte, je mehr sich die anfänglich schwache Hoffnung stärkt, desto näher ist der Zustand, wo Unlust in Lust umschlägt. Sind wir einmal fest überzeugt, daß es uns gelingen wird, der Schwierigkeiten nach und nach Herr zu werden, dann wird sich allemal die Lust regen, und wenn sie in die richtigen Bahnen geleitet wird, auch ihre guten Wirkungen ausüben.

Daraus aber erkennen wir, daß nicht nur von außen an uns heranwachsende Reize und die daraus entstehenden Empfindungen bestimmte Gefühle hervorbringen, sondern, daß auch die Vorstellungen, die wir von früheren Zeiten her haben, auf das Gefühl einwirken. Ja, diese Vorstellungen können so stark sein oder eine solche Gewalt ausüben, daß sie die Wirkungen angeblichster Empfindungen fast zu rückgängigen oder in ihr Gegenteil verkehren können.

Sind die Empfindungen so, daß sie unmittelbar behagen (also Anlust) bereiten, so kann sich eine Einstellung blühartig einstellen und den Unlustzustand in einen Lustzustand umwandeln. Daß es in Gefühlszuständen (Lust und Unlust) merkliche Unterschiede gibt, ist bekannt.

In ganz eigener Weise hat der schwäbische Dichter Christian Wagner in einem Gedicht diesen Umschwung (wahrscheinlich ohne genauere wissenschaftliche Kenntnisse) als möglich bezeichnet und besungen. „Dein ist alles“, lautet die Überschrift. Er sagt da, daß sich die Menschheit all die Jahrtausende genug gerackert habe, es sei jetzt Zeit, sich von Sorgen befreien und den Auferstehungsmorgen zu feiern. Der Sinn des Gedichtes ist: Alles gehört uns, wir wir es verstehen, von den Dingen der Welt geistig Besitz zu ergreifen. Eine ganz besondere bezeichnende Strophen lautet:

Dein ist alles, all und jede Wonne,
Wenn sie aufgeht, dir als eig'ne Sonne;
Jeder Tag von Licht emporgetragen,
Wenn er aufgeht dir als eig'nes Tagen.

Geradezu fast wunderbar prägte Wagner die Gedanken, sich nicht von des Tages Last und Mühen erdrücken zu lassen, sondern aufzusehen und sich freuen an dem, was da ist. „Dein ist alles“, fährt er fort, „all der Blumen Blüten, wenn hervor sie dir selber blühen; all die Rosenknospen auf der Erde wenn sie Rosen in dir selber werden“. All das Gute, das ist zu überwinden durch den Geist des Menschen. Nicht da, wo vor kurzem Leid über Leid war, sondern Entzücken hinkommen, wenn der Mensch lernt, an den Dingen dieser Welt zu freuen.

Die Lehre daraus ist, sich von der Wucht äußerer Ereignisse nicht erdrücken zu lassen, sondern die Ansicht von den Dingen so umzugestalten such, daß wir sie beherrschen können. Sie sollen uns nicht meistern, sondern wir sie. Bei alledem muß es aber mit richtigen Dingen zugehen. Wenn Arbeitslust entstehen und sich mehren soll, muß die richtige Einsicht vorhanden sein. Da aber zeigt sich der Unterschied zwischen Arbeitslust und Arbeitswillen. Arbeitslust hat, demnach das Arbeitswille innerlich behagen, beim Recken und Strecken der Glieder sein Geist lustbeseelt, und diese Lust wirkt auf das Arbeitsergebnis zurück. Das Arbeitsergebnis wird dadurch größer und besser und das ist es, was wir so nötig brauchen, wie das tägliche Brot. Wenn die Arbeit körperliche Beschwerden bringt, muß immer der Geist seinen Einfluß geltend machen: Nach tauer Arbeit ist gut ruhn. Oder genauer: Ruhen haben wir nur, wenn wir genügend arbeiten. Wir arbeiten wir nicht genügend, dann plagt uns der Gedanke des Mangels, der sich auf Schritt und Tritt geltend macht. Nicht die körperliche Ruhe, sondern die seelische bringt uns Hochgefühle. Die seelischen Hochgefühle (die sittlichen, wenn man so will) sind nur durch strenge Pflichterfüllung zu erreichen. Man lasse sich nicht täuschen, die Schwindler, Schleiher und Wucherer, die gerade in den Tagen des Niedergangs und der Zerrüttung geeigneten Boden haben sind solcher Hochgefühle unfähig. Der äußere Schein des Gutgehens trägt, innerlich sind das hohle Köchererbärmliche Wichte.

Arbeitswille kann auch der haben, der keine Arbeitslust hat. Beides kann aber auch beisammen sein, und es ist gerade jetzt sehr wünschenswert, daß beides beisammen ist. Wille ist das Bewußtsein, daß etwas geschehe oder nicht geschehe. Der Wille zielt immer darauf ab, daß etwas geändert werde oder wenn andere wünschen, daß etwas geändert werde, daß es beim Alten bleibe. Wenn ich etwas will, muß ich einen Grund für das Wollen haben. Wenn ich arbeiten will oder mehr als bisher arbeiten will, so muß ich doch wissen, warum ich auf einmal meine Auffassung vom Arbeiten geändert habe. Der Grund kann sein, daß ich gesünder oder leistungsfähiger geworden bin oder aber, daß ich zu wehverdiente, um mein Leben fristen zu können.

Heute sind ja noch viele blind, sie meinen, was sie mehr Geld bekommen, hätten sie mehr verdient. Das ist falsch: mehr verdient hat nur jemand, der mehr erarbeitet hat, dessen Leistung ergiebiger geworden ist. Wenn er, ohne seine Leistung erhöht zu haben, mehr Lohn erhält, so ist das kein Verdienen, sondern (im allgemeinen betrachtet) ein Schein. Die Zahlen des Lohnes können so wachsend nicht aber das, was man dafür erhält. Das Trübliche an der Sache ist, daß dieser Sachverhalt immer noch nicht richtig erkannt wird. Das Verschleierte den wahren Zustand, aber die Schleiher sind doch gelüftet: Nicht die Summe des Lohnes ist maßgebend, sondern entscheidend ist, welche Güter man sich für den erhaltenen Lohn kaufen kann. Die Leistung des einzelnen bedingt die Höhe der jeweiligen Lebenshaltung, nicht aber der Lohn.

Weil die Folgen einer falsch betriebenen Wirtschaft sich nicht sofort beim einzelnen äußern (sie zehren ja von alien Beständen), glauben viele, sie könne drauß losleben, ohne Rücksicht auf das, was erarbeitet wird. Das eben ist ein großer Irrtum und leider ist in der Regel großes Unheil geschehen.

wenn dieser Irrtum erkannt wird. Wird der Irrtum erkannt, dann zeigt sich, daß zuviel verzehrt und zu wenig erarbeitet wurde. Viele stehen dann vor der Wahl, arbeitslos zu werden, auszuwandern oder ganz gehörig irgendwo bei der Arbeit zugreifen zu müssen. So kommt Arbeitswille ohne Arbeitslust zustande. Die Wirtschaft läßt nicht mit sich spaßen, im Gegenteil, sie zwingt alle, die sich an ihr beteiligen wollen, in ihren Bann. Ungeeignetes, Unzweckmäßiges (sei es die Arbeitszeit oder Betriebsräte oder etwas Ähnliches) formt sie zu Zweckmäßigem um oder sie scheidet es aus. Gewiß, im Kampf um das Zweckmäßige müssen gar manche Haare lassen, vieles mag dabei unnütz vergeudet werden; das aber zeigt nur, daß die Wirtschaft ihre eigenen Gesetze hat. Sie läßt sich eben nicht ungestraft mißbrauchen.

Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Das kann man mit Zug und Recht denen ins Gesicht sagen, die darauf hinweisen, daß die Akkorarbeit im Zunehmen sei. Es ist wahr, daß da und dort wieder im Akkor gearbeitet wird (eine Reihe von solchen Fällen sind gemeldet worden), und daß sich der Wille dazu Bahn bricht. Der gerschundenen und teilweise mißhandelten deutschen Wirtschaft wird das von Nutzen sein. Der Wille zur Mehrarbeit wächst aus Einsicht und aus zwingender Notwendigkeit, das Lehren diese Ausführungen: Der Hunger ist ein harter Lehrmeister! F. A. B.

Allgemeines

„Friede“. Am 10. Januar ist durch Austausch der Friedensurkunden und Unterzeichnung eines diesbezüglichen Protokolls der Friede endgültig abgeschlossen. Die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich werden nunmehr der Heimat zurückgegeben. Das deutsche Volk wird erst nunmehr den „Frieden“ in seiner ganzen Furchtbarkeit kennen lernen. Bisher hat es noch nicht viel davon gemerkt. Diesen „Frieden“, der kein Friede ist, sobald als möglich abzuwerfen, muß Ziel der deutschen Politik und Wille des deutschen Volkes sein.

Die polnischen Arbeiter für den Wiederaufbau in Frankreich werden zunächst in ihrer Heimat registriert. Am 27. November wurde damit begonnen, bis zum 10. Dezember hatten sich 5000 Arbeiter beim Warschauer Arbeitsvermittlungsbüro gemeldet, von denen 1200 am 14. Dezember nach Frankreich abgegangen sind. Ab Januar sollen wöchentlich zwei Züge mit 1000 bis 1200 Arbeitern folgen. Es handelt sich durchweg um ungelehrte Arbeiter, die Aufräumungsarbeiten ausführen sollen.

Die „Einheit“ der Unabhängigen. Daß es in den Kreisen der Unabhängigen Sozialdemokraten weite Freirei gibt, die mit den Kommunisten gemeinsame Sache machen möchten, ist bekannt. Ueber die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten im Lager der Unabhängigen sagt Dr. Geher in der „Leipziger Volkszeitung“: „Wenn man die Anschauungen beider Richtungen auf ihren Kern reduziert, so vertritt die eine die Anschauung, daß die Zeit nicht geeignet sei für die Machtergreifung des Proletariats, da das Proletariat den Machtmitteln der Bourgeoisie gegenüber ohnmächtig sei und deshalb auf dem Wege der Erziehung durch die Agitation und den parlamentarischen Kampf erneut gestärkt werden müsse zu künftigen Kämpfen, daß deshalb die Taktik der Partei nicht revolutionär sein dürfe, daß Kampf vermieden werden müsse, und daß im Augenblick, wo eine Auseinandersetzung zwischen der Reaktion von rechts und der republikanischen Mitte erfolge, das Proletariat sich schlagen müsse für die bürgerliche Republik, nicht um die direkte Eroberung der politischen Macht. Demgegenüber steht die Anschauung der anderen Richtung, daß die Taktik der Partei so eingerichtet werden müsse, daß die Partei jederzeit die politische Macht ergreifen könne.“ Bei solchen gegensätzlichen Anschauungen werden sich die Unabhängigen bald wieder einmal spalten müssen, und zwar in eine Partei, die will, und in eine, die nicht will.

Gegen die Besteuerung nahm ein Vertretertag der christlichen Gewerkschaften Sachsens einstimmig folgende Entschlüsse an: Die Vertretertagung der in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter, Angestellten, Beamten und Bediensteten für den Freistaat Sachsen stellt sich einmütig auf den Standpunkt der Zentralarbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands, wonach die durch die Reichsregierung zugebilligte Preissteigerung für Brot und Kartoffeln und die durch die gegenwärtige Steuerpolitik bedingte unerhebliche Verteuerung aller Bedarfsartikel unmöglich von der arbeitenden Bevölkerung getragen werden kann. Der tiefen Preissen durch die neuerliche Preisbildung erwachsende Mehraufwand ist vielmehr durch angemessene Lohnzuschläge durch die Unternehmer auszugleichen. Die Vertretertagung richtet an alle privaten, gemeindlichen und staatlichen Arbeitgeber das dringende öffentliche Ersuchen, im Interesse eines geordneten Fortganges der Arbeit und der Erhaltung der Existenzmöglichkeit der Arbeitnehmer und ihrer Familien unverweilt mit allen gewerkschaftlichen Organisationen in Verhandlungen einzutreten über einen gerechten, sofortigen Lohnausgleich. Folge der nicht geringen Verteuerung der Volksnahrungsmittel und der anderen Bedarfsgegenstände. Die Pflicht aller Schaffenden in Stadt und Land, mit voller Umgebung zu arbeiten, um die Produktion zu fördern und die deutsche Wirtschaft auch für die geforderten Mehrleistungen tragfähig zu machen und zu erhalten, wird mit voller Überzeugung betont.

Am 17. Januar ist der dritte Wochenbeitrag für das Jahr 1920 fällig.

Ueber den Zugang an neuen Wohnungen in 1919 führt der Unterstaatssekretär Scheidt im Wohlfahrtsministerium in einem Artikel in der „N. Z.“ aus: „Wenn in der Öffentlichkeit vielfach die Anschauung vertreten wird, die Wohnungsherstellung habe im vergangenen Jahre stillgelegen, so ist diese Ansicht irrig. Wenn auch die Nachfrage infolge der geschiederten Schwierigkeiten und namentlich infolge der Zuwanderung aus den besetzten und abzutretenden Gebieten sowohl wir aus Polen und Rußland bei weitem nicht hat befriedigt werden können, so sind doch in der verflochtenen Bauperiode etwa 30 000 Wohnungen in Deutschland fertiggestellt worden, während mit der Fertigstellung weiterer 30 000 bis 40 000 Wohnungen, die sich noch im Bau befinden, etwa im Frühjahr 1920 gerechnet werden kann. Der größere Teil der fertigen Wohnbauten sind Kleinhäuser im Flachbau, während von den begonnenen Hochbauten nur wenige zu Ende geführt werden konnten. Diese Tatsache bestätigt die Wichtigkeit der auf die Förderung des Flachbaues gerichteten Maßnahmen und gibt für die künftige Wohnungsbautätigkeit bestimmte Richtlinien.“

Unabhängig-radikale Irrsinnigkeiten. Die „Rätezeitung“, ein unabhängig-radikales Preßzeugnis, schreibt in ihrer Nr. 56:

„Man will jetzt eine Arbeitslosenversicherung machen. Fortsetzung der Sozialpolitik Wilhelms I. Bis-märkische Beruhigungs- und Einsingepolitik. Arbeits-friede. — Arbeitsgemeinschaft — Betriebs-rätegesetz — Arbeitslosenversicherung. Es ist Logik darin. Die Arbeitslosenversicherung ist heute eine Entlastung der Unternehmer auf Kosten der Arbeiter, ein Furchtminderungsversuch, ein Versuch, die große Reserverarmee still zu halten. Es ist Gegen-revolution.“

Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie. Bis in die neueste Zeit war die Arbeitslosenversicherung auch eine von der Sozialdemokratie mit Leidenschaft verfolgte Forderung — heute, wo die Bewirklichkeitung winkt, spiegelt sie sich in den Köpfen dieser Ueber-Sozialdemokraten als Gegenrevolution wieder. Daß auch die Arbeitsgemeinschaft als gegenrevolutionär hingestellt wird, ist bei der Geistes-verfassung dieser Leute beinahe selbstverständlich. Es ist dieselbe Einrichtung, die den deutschen Arbeitern u. a. den Achtstundentag und die volle Koalitionsfreiheit gebracht hat. Aber es lohnt nicht, sich mit Leuten dieser Geistes-richtung ernstlich auseinanderzusetzen. Das vorstehende Beispiel lehrt nur, daß der politische Kampf bei uns vielfach sich bedenklich der Grenze nähert, wo die Vernunft aufhört und der Irrsinn beginnt.

Vergeht nicht die Ruhestätten unserer gefallenen Brüder!

Der Deutsche Kriegergräber-Schutzbund, München S 50, bittet um Veröffentlichung folgenden Aufrufs an das deutsche Volk: Hundert- und aber Hunderttausende unserer Väter und Söhne, die ihr Leben dem Vaterlande opfereten, liegen in fremder Erde zum ewigen Schlaf. Ihre Ruhestätten sind dem Verfall preisgegeben, wenn wir uns ihrer nicht annehmen. Um hier helfen einzutreten, hat sich der unterzeichnete Bund gebildet, dessen erste und edelste Aufgabe es sein wird, die Pflege der Gräber unserer Gefallenen im In- und Auslande zu übernehmen und später Reisegesellschaften zum Besuch der Gräber zusammenzustellen. Alle diese Arbeiten werden im Benehmen mit den Staatsstellen und sonstigen großen Verbänden geleistet.

Die Gründung einer „Internationalen Vereinigung für Schutz der Kriegergräber“ in der Schweiz ist von dem Gründer des Bundes in die Wege geleitet.

Um nun das Arbeitsprogramm richtig durchzuführen zu können, müssen in allen Bundesstaaten Ortsgruppen entstehen, die später in Landesgruppen zusammengefaßt werden.

In jeder Stadt, auch der kleinsten, muß eine Orts-gruppe gegründet werden. Frauen und Männer, die bereit sind, die Gründung einer O.-G. zu übernehmen, werden gebeten, umgehend ihre Adresse an den unter-zeichneten Bund zu senden, der weiteres mitteilt.

Alle, die sich für die Frage der Gräberpflege unserer Gefallenen interessieren, werden auf die im Deutschen Eiche-Verlag München 50 zum Preise von 2 M. erschienenen Broschüre „Die Pflege der Gräber unserer Gefallenen im In- und Auslande“ aufmerksam gemacht, aus deren Reihen-erlös dem Bunde größere Mittel zugeführt werden sollen. An die Vereine und Verbände ergeht die Bitte, geschlossen als solche dem Bund beizutreten. Der Bund ist ein Volks-bund im wahren Sinne des Wortes, dient keiner Partei und Konfession.

Verbandsnachrichten

Gr. Nimsdorf D.-S. Eine interessante Versammlung fand am Sonntag, den 4. Januar, am hiesigen Orte statt, zu der unser neuer Bezirksleiter, Kollege Knoblich aus Kattowitz erschienen war. Auch hier hatte der frühere Lokalbeamte Golla versucht, unsere Kollegen uneinig zu machen und sie zu zerplündern. Fast schien es, als ob er Erfolg haben sollte. Die Versammlung am 4. Januar jedoch hat ihm hier an seinem Wohnort das Handwerk gründlich gelegt. Fester denn je gelobten unsere Kollegen, in treuer Zusammenarbeit zum Wohle unseres Verbandes zu wirken. Um unser Verbandsleben neu zu gestalten,

wurde ein regelrechter Vorstand gewählt, der unsere Zahl-stelle in allen Angelegenheiten zu vertreten hat. Aus der Wahl gingen hervor: 1. Vorsitzender: Paul Nawrath; 2. Vorsitzender: Anton Stoba; 1. Kassierer: Paul Nawrath; 2. Kassierer: Alex Pannoch; Schriftführer: Robert Zibis und Revisoren Ewald Zibis und Paul Wendisch. Welche Begeisterung herrschte, ging daraus hervor, daß alle Wahlen einstimmig erfolgten. Kollegen von Gr. Nimsdorf! Nun haben wir gesehen, daß ein neuer, frischer Wind durch unser beinahe verrostetes oberflächliches Gewerkschaftsleben geht, daß wieder Ordnung in unserem Wirrwarr eingebracht ist. Jetzt wollen wir aber auch alles daransetzen, um unseren Verband wieder zu altem Ansehen und Einfluß zu verhelfen. Lassen wir uns nicht mehr von gewissenlosen Hehern betören, die nur egoisti-schen Zielen nachjagen. Wir sind nicht dazu da, für politische wie gewerkschaftliche Stümper und Pflücker das Gehgeld zu bezahlen. Nunmehr sind wir wieder und bleiben, was wir waren: treue Mitglieder des Zentral-verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

17. 1. 20. Am 4. Januar hielten wir unsere Generalsam-mlung ab. Von unseren 40 Mitgliedern war rund die Hälfte erschienen. Der Vorsitzende erstattete den Jah-resbericht, der Zeugnis ablegte von dem regen Ver-bandsleben in unserer Zahlstelle. In den Vorstand wur-den gewählt: als erster Vorsitzender Richard Zöber, als Stellvertreter Johann Pareski; als erster Kassierer Viktor Paul, als zweiter Franz Schmitt; als Schriftführer die Kollegen Paul Landskronski und Johann Wiczorek. In Revisoren wurden gewählt die Kollegen St. Maslonta und Th. Pareski. Der erste Vorsitzende ermahnte die neugewählten Vorstandsmitglieder, ihm eifrig zur Seite zu stehen, um Hand in Hand mit den Mitgliedern an der Stärkung des Verbandes zu arbeiten.

Zuhrbach (Eichsfeld). Am 31. Dezember 1919 hielt unsere Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand Neuwahl des Vorstandes. Es wur-den gewählt als erster Vorsitzender der Kollege Franz Tegensardt, als erster Schriftführer Gottfried Kanten, als erster Kassierer Ferdinand Lüber, als zweiter Vor-sitzender Kollege Simon Ernst, als Revisoren Alois Schäfer und Johannes Gahemaler. Weiter wurde festgestellt, daß alle 14 Tage eine Versammlung abgehalten wird. Mögen nun die Mitglieder mit dem neuen Vorstand Hand in Hand arbeiten und die Versammlungen besser besuchen, wie im alten Jahre, dann braucht dem christlichen Bau-arbeiter nicht zu bangen, und hängen die düstern Wollen noch so schwer am wirtschaftlichen Himmel.

Weltrevolution und Illusionspolitik

„Lasset alle Hoffnungen fahren“, die Hoffnungen nämlich auf eine Weltrevolution, die nach den untrüglichen Versicherungen namentlich der unabhängigen Parteigenossen vor Monaten in sicherem Anmarsch sein sollte: das ist die Lehre, die sich aus den Ergebnissen der jüngsten Wahlen in den Ententeländern Frankreich, Italien und Belgien ergibt. In Frankreich hat der Sozialismus eine schwere Niederlage erlitten; in Italien und Belgien hat er zwar Mandate gewonnen, aber nicht entscheidend zu liegen vermocht. Die Regierungen haben ein großes Vertrauens-votum des Landes bekommen. Dementprechend bemerkt auch die „Sozialistische Korrespondenz“ (vergl. „Hambur-ger Echo“ 1919, 54): „Nuch in den Ententeländern wird der Sozialismus früher oder später wachsen und trium-phieren. Aber der Gedanke an eine Weltrevolution in den nächsten Jahren, der ja nie mehr war als ein wirk-lichkeitsfremder Traum, ist durch die jüngsten Wahl-ergebnisse endlos und restlos vernichtet. Nur Karren oder hartnäckige Betrüger können noch von der Weltrevolution als einer Möglichkeit sprechen, mit der man rechnen darf. Die Revolution bleibt auf die besiegten Länder beschränkt, und die Fort-dauer der kapitalistischen Herrschaft in den Siegerstaaten scheint leider auch uns das Gesetz vor.“

In recht treffenden Ausführungen hat dieser Tage auch in der wissenschaftlichen Wochenschrift der Mehr-heitssozialdemokraten, der „Neuen Zeit“ (1919, Nr. 5), deren Herausgeber, Heinrich Cunow, das Spielen mit der Weltrevolution verspottet. Der Imperialismus, d. h. die Ausdehnungspolitik des Finanzkapitals, sei zu-sammengebrochen und das „Uebergreifen der deutschen und russischen Revolution auf England, Frankreich, Belgien, Italien, die große proletarische Weltrevolution, werde die sichere Folge des Weltkrieges sein“, so sagen die so-zialistischen Leichtgläubigen. Demgegenüber stellt Cunow fest, daß der Imperialismus, der im übrigen nichts Zu-fälliges, sondern eine wirtschaftsgehistorisch bedingte Ent-wicklungsphase des Kapitalismus sei — durchaus nicht vernichtet sei; nur sei Deutschland infolge seiner Nieder-lage vorläufig aus dem imperialistischen Kongern aus-geschaltet. Dagegen segelten die Sieger im Weltkrieg, England, die Nordamerikanische Union, Frankreich, Italien, Japan, bereits mit geschwellten Segeln in eine neue im-perialistische Ära hinein, was von Cunow im einzelnen überzeugend nachgewiesen wird.

Der Herausgeber der „Neuen Zeit“ nimmt das Aus-bleiben der Weltrevolution zum Anlaß, seine Partei-genossen eindringlich vor einer Illusionspolitik, vor einer Hingabe an Selbsttäuschungen und unerfüllbaren Hoffnungen, zu warnen. „Wir müssen aus der Illusions-politik heraus!“ „Wir müssen Realpolitik treiben!“ So fordert Cunow und bemerkt dann im einzelnen: „Wir können nicht alle Parteianschauungen und Illusionen fon-terieren, während sich um uns herum als Folge eines ungeheuren Weltkrieges eine Riesenumwälzung aller sozia-len Lebensverhältnisse vollzieht. Ein Stedenbleiben in alten Auffassungen und Illusionen bedeutet in solchem Falle nichts anderes als geistige Erstarrung und Verfall. Nicht, daß unsere Partei während der Krieg-jahre umgelernt hat, ist, wie ihr von vulgär-marxistischen Theoretikern vorgeworfen wird, ihr größter Fehler, jener...

daß sie nicht genügend umgelernt hat. Sie hat in dieser Hinsicht viel nachzuholen; manche ihrer Illusionen müssen noch fallen. Geschlecht das nicht rechtzeitig, werden später bittere Erfahrungen dazu zwingen — dann aber unter herben Schicksalschlägen."

Diese Warnung und Mahnung trifft insbesondere auch für die Erwartungen zu, die viele Sozialdemokraten glauben hinsichtlich einer Volksozialisierung hegen zu dürfen. Die Sozialdemokratie muß heute einsehen, daß ein Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft etwa auf der Grundlage ihres sozialmarxistischen Programms eine glatte Unmöglichkeit ist, daß sie heute nur erfolgen kann unter den praktischen Gesichtspunkten der Wirtschaft, wie sie sich nach Lage der Dinge und unter Umständen aller reinen Politik ergeben. Nur ein solcher Aufbau führt wieder zur Höhe, politische Experimentiererei um so sicherer in den Abgrund!

Gerichtliches

sk. Muß der Unternehmer auch bei Akkordarbeiten für die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften Sorge tragen? Entscheidung des Reichsgerichts vom 5. Januar 1920. Leipzig, 7. Jan. Bekanntlich können die Berufsgenossenschaften bei Unfällen von dem Unternehmer Ersatz der gezahlten Entschädigung verlangen, wenn letzterer durch strafbare Fahrlässigkeit den Unfall verschuldet. In dem folgenden Rechtsstreit handelte es sich nun darum, ob der Unternehmer auch dann für die Einhaltung der Sicherheitsmaßnahmen verantwortlich ist, wenn die Arbeiter in Akkordlohn tätig sind. Man könnte dies bezweifeln, da in einem solchen Fall die Leute nicht eigentlich als Angestellte betrachtet werden können; es liegt nämlich kein Dienstverhältnis, sondern ein Werkvertrag vor. Gleichwohl hat das Reichsgericht auch hier die Verantwortung des Unternehmers bestätigt. Die Einzelheiten waren folgende: Die Firma A. in Duisburg hatte eine Maschinenhalle für die Augsburg-Münchberger Maschinenfabrik gebaut und mit dem Auftrich der Decke, an sich eine schwierige Arbeit, welche gewisse Vorkenntnisse erforderte, die Auftrichter R. und B., welche im Akkord arbeiteten, betraut. Diese stellten zunächst ein Gerüst her, dessen Material P., Geschäftsführer der Firma A., zur Verfügung gestellt hatte. Sie legten zwei Leitern in einer Höhe von 16 Meter über die 10 Meter voneinander entfernten Pfosten der Halle und banden sie an diese mit St. iden fest. Sierzehn Tage ging alles gut, doch machte P. die Leute gelegentlich darauf aufmerksam, daß das Gerüst ihm nicht sicher scheine. Am 16. Dezember ereignete sich dann ein schwerer Unfall. Bei dem Versuch, einen mit Kalk gefüllten Kibel hinaufzuführen, brachen die Leitern durch und die beiden Auftrichter stürzten in die Tiefe. R. starb im Krankenhaus, während B. mit Verletzungen davonkam. Die Rheinisch-Westfälische Bangeverwertungsgenossenschaft in Elberfeld, welche den Schaden zu tragen hatte, verklagte den A. auf Ersatz, da er nicht für genügende Sicherheit des Gerüsts gesorgt habe. Das Landgericht Duisburg wies diese Klage ab; es nahm an, daß die Leute, welche nicht im Dienste des A. gestanden, sondern im Akkord gearbeitet hätten, selbst für ihre Sicherheit sorgen mußten. Das Oberlandesgericht Düsseldorf verurteilte dagegen den Beklagten, und zwar aus den nachstehenden Gründen: Die Berufsgenossenschaft hat festgestellt, daß die Auftrichter im Dienste der Firma A. standen. An dieser Feststellung sind die Gerichte gebunden. Im übrigen ist erwiesen, daß das Gerüst ordnungswidrig gewesen war. Die Leitern standen an den Enden nur 25 Zentimeter über, während die Vorschrift 50 Zentimeter verlangt. Die Spannweite betrug 10 Meter; die Vorschrift erlaubt aber nur 4,50 Meter. Ferner waren die Stricke ohne Schutz um das Eisen gelegt, so daß sie sich leicht durchschneiden konnten. Endlich fehlten sowohl Brüst- wie Rückenleihen. Es ist klar, daß dem Beklagten diese Ordnungswidrigkeiten nicht verborgen blieben. Er mußte auch wissen, daß die Leitern schadhast und stellenweise mit Draht gefügt waren. Er hätte unter diesen Umständen darauf dringen müssen, daß das Gerüst verstärkt wurde. Der Beklagte hat sich aber mit einem kurzen Hinweis begnügt und ist dann weggegangen, ohne sich darum zu kümmern, ob die Leute seine Ermahnung auch befolgten. In diesem Verhalten liegt eine Unverschämtheit der Berufsgenossenschaft des Beklagten, welche für den Unfall ursächlich gewesen ist, und eine strafbare Handlung im Sinne der §§ 223, 230 St. G. B. (Körperverletzung) darstellt. Der Klage war deshalb stattzugeben. Diese Entscheidung wurde vom Beklagten mit der Revision angefochten, vom Reichsgericht aber bestätigt (Allgemeines VI. 346/19.) Dr. jur. E. Hamroth

Bücherchau

„Deutsche Arbeit“, Monatsheft für die Befreiung der christlich-nationalen Arbeiterschaft. Der Herausgeber unserer wöchentlichen Zeitschrift, der „Deutsche Arbeit“, hat infolge der dauernden Preissteigerungen der Druckkosten auf jährlich 12 H. erhöht werden müssen. Das Herausgeber, das im letzten Jahre nur mit erheblichen Zuschüssen ausbleiben konnte, wird nicht wieder auf eine gleiche finanzielle Grundlage gestellt. Die Erhaltung bedeutet tatsächlich nicht mehr als die Befreiung der Eigentümer. Die „Deutsche Arbeit“ wird in besonderer Weise weitergeführt, und die Möglichkeit jeder noch weiter ausgebaut.

Markenverband *)

(Schluß.)

Bezirk München.

Augsburg: für 1919: 150 zu 80/20; für 1920: 300 Eintrittsm., 2000 zu 90/30, 1000 zu 100/40, 1000 zu 110/30, 2000 zu 110/40, 100 Jugendm. zu 20 und 300 zu 30 Pf., 400 Lokalm. zu 50 Pf. — Mötting: für 1920: 200 zu 90/25, 200 zu 100/25. — Burghausen: 200 zu 90/30, 50 Jugendm. zu 30 Pf. — Füssen: für 1920: 30 zu 100/30, 50 zu 110/30. — Ingoisstadt: für 1920: 300 zu 90/25, 200 zu 100/25. — Kaufbeuren: für 1919: 25 zu 70/30. — Memmingen: für 1920: 600 zu 90/90, 600 zu 100/30, 100 Jugendm. zu 30 Pf. — Regensburg: für 1920: 600 zu 110/30. — Mühldorf: für 1920: 100 zu 90/25, 200 zu 100/25. — Rothalmünster: für 1920: 100 zu 90/25.

Bezirk Nürnberg.

Borghorst: für 1920: 500 zu 100/50, 1500 zu 110/50. — Goeßfeld: für 1919: 50 zu 90/40; für 1920: 100 zu 50/10, 300 zu 90/50, 300 zu 100/50, 500 zu 110/50. — Dillmen: für 1919: 6 Jugendm. zu 20 Pf. — Emsbetten: für 1920: 50 Eintrittsm., 200 zu 70/20, 1000 zu 110/50, 1000 zu 110/60, 200 Jugendm. zu 20 Pf. — Greden: für 1920: 20 Eintrittsm., 200 zu 90/40, 400 zu 110/50, 400 zu 110/60. — Garen (Ems): für 1920: 20 Eintrittsm., 200 zu 90/50, 400 zu 100/50. — Jöbenbüren: für 1919: 50 Eintrittsm., 100 zu 90/40; für 1920: 50 Eintrittsm., 200 zu 90/50, 400 zu 100/50, 600 zu 110/50. — Lingen: für 1920: 200 zu 70/40, 500 zu 100/50, 500 zu 110/50. — Melle: für 1919: 25 zu 80/30. — Münster: 30 zu 50/10; für 1920: 100 zu 50/10, 1000 zu 70/40, 2000 zu 110/50, 2000 zu 110/60, 100 Jugendm. zu 20 Pf., 500 Lokalm. zu 50 Pf. — Nordwalde: für 1919: 100 zu 90/40; für 1920: 400 zu 110/50, 500 zu 110/60, 100 Jugendm. zu 30 Pf. — Osnabrück: für 1919: 100 zu 70/30. — Rheine: für 1919: 100 zu 100/40; für 1920: 100 Eintrittsm., 500 zu 90/50, 800 zu 100/50, 400 zu 110/50, 300 Lokalm. zu 50 Pf. — Sendenhorst: für 1919: 100 zu 100/40. — Selgte: für 1920: 300 zu 90/50, 500 zu 110/50, 500 zu 110/60, 100 Lokalm. zu 50 Pf. — Warenborf: für 1920: 500 zu 100/50, 500 zu 110/50. — Nordhorn: für 1919: 200 zu 70/30; für 1920: 500 zu 100/40, 500 zu 110/40. — Ochtrop: für 1920: 200 zu 110/50. — Frezen: für 1919: 400 zu 70/30, 50 Lokalm. zu 50 Pf.; für 1920: 100 zu 100/50. — Vechta: für 1919: 50 zu 50/15; für 1920: 100 zu 90/40, 100 zu 100/40, 200 zu 100/50. — Breden: für 1919: 80 zu 80/40, 40 zu 90/40; für 1920: 10 Eintrittsm., 200 zu 110/40. — Uelsen: für 1919: 400 zu 70/30, 350 Jugendm. zu 30 Pf.

Bezirk Nürnberg.

Amberg: für 1920: 500 zu 50/10, 1000 zu 90/30, 1000 zu 100/30, 300 Lokalm. zu 50 Pf. — Bamberg: für 1919: 25 Jugendm. zu 30 Pf. — Eichrätt: für 1920: 20 Eintrittsm., 500 zu 90/25, 500 zu 100/25, 100 Jugendm. zu 20 Pf. — Forchheim: für 1919: 50 zu 70/30; für 1920: 00 zu 90/25, 200 zu 100/25. — Röhlingen: für 1919: 00 zu 60/25, 60 zu 70/30; für 1920: 100 zu 90/25, 200 zu 100/25. — Nürnberg: für 1919: 50 zu 80/30. — Landburg: für 1919: zu 60/25; für 1920: 100 zu 90/25. — Dettelbach: für 1919: 20 zu 50/30. — Bilsed-Schlacht: für 1920: 200 zu 90/25. — Langenborf: für 1919: 14 zu 50/10. — Neustadt (Saale): für 1919: 30 zu 70/20. — Windischchenbach: für 1919: 25 Eintrittsm., 25 zu 60/25, 50 zu 70/30.

Bezirk Paderborn.

Mahren: für 1920: 200 zu 90/25. — Beckum M.: für 1919: 200 zu 90/25. — Bielefeld: für 1920: 50 zu 70/40, 300 zu 110/40. — Bräfel: für 1919: 50 zu 70/20. — Bribon: für 1919: 50 zu 70/20; für 1920: 500 zu 90/25. — Detmold: für 1919: 100 zu 80/20. — Geseke: für 1920: 400 zu 100/25, 50 Jugendm. zu 30 Pf. — Marsberg: für 1920: 500 zu 90/30, 50 Jugendm. zu 30 Pf., 200 Lokalm. zu 20 Pf. — Oelde: für 1919: 70 zu 70/20, 70 zu 80/20. — Paderborn: für 1919: 200 zu 90/30; für 1920: 500 zu 90/50, 1000 zu 100/50, 3000 zu 110/50, 100 Lokalm. zu 50 Pf. — Schalte: für 1919: 200 zu 50/20. — Werl: für 1919: 100 zu 80/20; für 1920: 500 zu 110/30, 100 Jugendm. zu 20 Pf. — Rheda: für 1920: 50 zu 50/10, 770 zu 110/30. — Gütersloh: für 1919: 50 zu 70/20; für 1920: 150 zu 100/40, 400 zu 110/40. — Sipphardt: für 1919: 20 Eintrittsm., 200 zu 30/20; für 1920: 800 zu 110/40. — Bielefeld: für 1919: 10 Eintrittsm., 100 zu 70/30; für 1920: 200 zu 100/30, 400 zu 110/30, 20 Jugendm. zu 20 Pf. — Sörfelde: für 1920: 200 zu 90/25. — Höxter: für 1919: 20 zu 50/10, 200 zu 80/30; für 1920: 10 Eintrittsm., 200 zu 80/20, 300 zu 90/25, 150 Jugendm. zu 20 Pf. — Bielefeld: für 1919: 100 zu 100/30. — Paderborn: für 1920: 150 zu 90/25, 50 Jugendm. zu 30 Pf. — Neuenkirchen: für 1920: 500 zu 90/30.

Bezirk Saarbrücken.

Contwig: für 1919: 300 Lokalm. zu 50 Pf., 50 Eintrittsm., 400 zu 60/40, 400 zu 90/40, 1000 zu 110/40. — Lebach: für 1919: 50 zu 90/30; für 1920: 200 zu 90/40, 600 zu 110/40. — Saarbrücken: für 1920: 300 Eintrittsm., 1000 zu 60/40, 10000 zu 90/40, 5000 zu 110/40. — Saarlautern: für 1920: 300 Eintrittsm., 1000 zu 60/40, 10000 zu 90/40, 3000 zu 110/40. — Neunkirchen: für 1920: 300 Eintrittsm., 1000 zu 60/40, 10000 zu 90/40, 5000 zu 110/40.

*) Die Beiträge werden mit 30 Pf. Verrechnung für die Ausgabe.

Bekanntmachungen

Mitgliedsarten

Sollen nach Anordnung des Hauptvorstandes nach einjähriger Mitgliedschaft zwecks unentgeltlichen Umtausch gegen ein Mitgliedsbuch an den Verwaltungsstellenvorstand abgegeben werden. Der Verwaltungsstellenvorstand hat diese Karte an den Hauptvorstand weiterzuleiten, da laut Statut, § 11 Abs. 2, Mitgliedsbücher nur durch den Hauptvorstand ausgestellt werden müssen. Damit ist gesagt, daß die Mitgliedsarten mit 52 Wochenbeitragsmarken versehen sein müssen, ehe dieselben zur Abgabe fähig sind, und daß dieselben dann unverzüglich an den Hauptvorstand eingesandt werden müssen. Diesen Bestimmungen wird vielfach nicht nachgekommen. Es werden Karten eingesandt, wo nur einige Beitragsmarken enthalten sind, und andererseits auch ein Teil, worin mehr als 52 Wochen enthalten sind. — Im letzteren Falle will man die Beitragsmarken bis zum Jahreschluß beibehalten. Dadurch wird jedoch bewirkt, daß nach Jahreschluß der Anhang der Mitgliedsarten an die Hauptgeschäftsstelle so stark wird, daß eine ordnungsmäßige Erledigung nicht möglich ist. Wir ersuchen daher, in Zukunft genau nach dem Statut und den Anordnungen zu handeln.

Der Hauptvorstand.

Lokalbeamter gesucht!

Die Verwaltungsstelle Hannover sucht zum 1. Februar dieses Jahres einen Lokalbeamten. Derselbe muß mit der Geschäftsführung einer Verwaltungsstelle gut vertraut sein, muß rechnerische Begabung besitzen und den Entwicklungsgang der christlichen Gewerkschaften kennen. Das Bewerbungsschreiben hat neben einem kurz gefaßten Lebenslauf einen Aufsat über die Aufgabe eines Lokalbeamten zu enthalten und ist zu richten an **Frh. Rütger, Hannover, Steintorfeldstr. 2 II.**

Sterbetafel.

Am 12. Dezember 1919 starb infolge Magen- und Darmkatarrh unser treues Mitglied, der Kollege **August Wolf**, im Alter von 67 Jahren.

Verwaltungsstelle **Schwerin a. M.**

Am 29. Dezember 1919 starb unser treuer Kollege **Peter Röhner** im Alter von 59 Jahren.

Verwaltungsstelle **Hersford.**

Ehre ihrem Andenken!

Gemeinnützige



Deutsche Volksversicherung

Wer

Frau u. Kinder für seinen Todesfall schützen und sich sehr Alt, oder für die Ausbildung, Aussteuer oder den Sterbefall seiner Kinder

ein Kapital bis zu 2000 M.

sichern will, wähle die besonders günstigen Tarife unserer gemeinnützigen Volksversicherung.

Alle Gewinne fließen den Versicherungsnehmern zu.

Zentralverband christl. Bauarbeiter Deutschlands

Anfragen erbeten an:

Generalsekretariat der Christl. Gewerkschaften
Cöln a. Rhein, Venloer Wall 9